DER STANDARD 30. OKTOBER 2000

BERND MARIN:

„Große Pensionsreform nicht zumutbar"?

Auch Skeptiker und Kritiker billigten dieser Regierung bisher Reform*willen* zu. Dass Reformkraft und Kompetenz dem Streben oft nicht entsprechen, ist seit der Pensionsreform oder den Maßnahmen zur „sozialen Treffsicherheit" offenkundig.[1] Zu viel *speed* oder fehlen Karte und Kompass? Könnte sich die Wende noch zum Besseren wenden? Seit kurzem wissen wir: *no or low future* – der Reformwille erlahmt.

„Unzumutbarkeiten"

„Eine große Pensionsreform ist den Menschen nicht zuzumuten und auch nicht realisierbar." „Unter dieser Regierung keine große Pensionsreform mehr", aber auch keine große Verwaltungsreform. 16,3 Mrd. S an Einsparungen reichten. Zwar sei die Finanzierung der Pensionen in zehn bis 20 Jahren infrage gestellt, „doch eine große Reform des Pensionssystems komme definitiv nicht". *„Pensionsreform darf nicht zum Dauerthema"* und *„kein Dauerzustand werden."* All das sagte nicht etwa der ÖGB oder die Opposition, sondern Wirtschaftsminister Martin Bartenstein. Aber ist es nicht gerade das andauernde *Ausbleiben* dauerhafter Pensionsreformen, das ein mittleres Problem zu einem scheinbar unlösbaren, unerträglich enervierenden Dauerthema und Dauerreformzustand macht?

Ist nicht genau das *Unterlassen* großer Pensionsreformen den Menschen unzumutbar, weil dadurch nicht nur Pensionshöhe und Versorgungssicherheit, sondern stabile Erwartungen über künftige Entwicklungen und rechtzeitige Anpassungen untergraben werden? Wäre nicht das größte Atout dieser Regierung die Fähigkeit zu Reformen, auf die sich vorangegangene Regierungen *nicht* einigen konnten? Sind nicht das fortgesetzte *Versäumnis* einer nachhaltigen großen Pensionsreform und mehr noch die *Leugnung* ihrer absoluten Unverzichtbarkeit – und nicht die Wahrheit über die Pensionsreform und ihre Notwendigkeit – in Wahrheit „unzumutbar"?

1997 und 2000

Wäre Bartenstein kein besonderer Freund der FP, sie würde ihn wohl „Wiederholungstäter" nennen: *„Eine Pensionsreformneuauflage 1999 oder 2001 schließe ich aus"*, hatte er Ende 1997 auf die Kritik von Alois Guger (WIFO) und mir an der Reform 97 zur drohenden Frühpensionswelle und einem fehlenden „Elchtest" der Reform gesagt. Schon damals meinte Bartenstein, „dass von nun ab Durchrechnungszeiträume nie mehr die große Rolle spielen werden" und „an die Frühpensionswelle glaube ich nicht". Man werde zwar etwas „adjustieren" müssen, *„aber der Weg ist für Jahrzehnte klar"*.[2]

Welcher Weg, bitte? Wer von uns, die mehr als ein Jahrzehnt von der Pension trennt, kann auch nur die leiseste Ahnung haben, unter welchen Bedingungen die Pension noch bezogen und bezahlt werden kann? Und was hat sich seit 1997 diesbezüglich geändert – außer dass die Zeit bis zum absehbaren Pensionscrash knapper und die Erwartungen noch ungewisser geworden sind? Was, außer der kurzfristig kassenwirksamen – aber längerfristig völlig unnötigen – Zwangsmaßnahme einer Anhebung des Frühpensionsalters um 18 Monate, einer größeren „Spreizung" der anachronistischen Witwenpensionen und der größten Pensionserhöhung seit dem Krieg (durch zehn bis zwölf Prozent höhere Steigerungsbeträge seit 1. Jänner 2000), hat sich strukturell geändert? Verkehrte Anreize zur Frühpension bleiben unwiderstehlich: Arbeit bis zum Regelalter bedeutet weiterhin ein paar Hunderttausend Schilling Pensionsrust. Ein in Europa einzigartiger und unzeitgemäßer Berufsschutz wurde ausgebaut, nicht ersatzlos abgeschafft. Ständische Gruppenprivilegien bleiben für Beamte, Landwirte, Selbstständige, Eisenbahner – und mit 175.000 S für Politikerpensionen! Ist aktuarische Neutralität wirklich „unzumutbar" – oder nicht vielmehr 80 Mrd. Frühpensionskosten für uns Beitragszahler? Warum überfallsartige drei Monate – oder endlose drei Jahrzehnte – statt ein paar Jahren Vorwarnzeit? Weshalb noch immer keine eigenständige Alterssicherung für Frauen – oder zumindest faires Partner-Splitting?

Warum keine Behebung der Fehler und Versäumnisse 1997, keine beitragsdefinierte Bemessung, kein noch so kleiner Schritt zur Lebensdurchrechnung, keine sinnvollere Harmonisierung im Beamtensystem, noch immer keine Berücksichtigung der weiter steigenden Lebenserwartung (das sind zwei Drittel der Pensionsreform des Jahres 1997), noch immer keine Transparenz, Kosten- und Kontenwahrheit, noch immer kein klarer Wegweiser für Jahrzehnte?

Minister Bartenstein ist einer der intelligentesten Politiker der alten wie auch der neuen Regierung; kein „Bremser". Wenn sogar er nach nur acht Monaten weitere Reformen in den unbestreitbar größten und reformbedürftigsten aller Sozialfragen auf Jahre ausschließt, ist nur zu hoffen, er habe sich zum selben Dauerthema erneut geirrt – oder die Regierenden würden *„neu blockieren"*. Zu nachhaltigen Reformen muss man antreten, wenn man nicht wieder abtreten – oder hinter „rot-schwarzen Reformstau"[3] zurückfallen – will.

1) Marin, Pensionsreform 2000 – Eine erste Bewertung, DER STANDARD, *4. September 2000, und Marin/Prinz, Pensionsreformen 2000 f. alt oder neu regiert?, S. 46–71, in: Payrleitner, A. (Hg.), Österreich Neu. Herausforderungen nach der Wende, Wien 2000 (Molden)*

2) „News" 46/97, Marin: Reform der Reform und „Wo bleibt hier der Elchtest?", S. 28–31

3) Prinz/Marin, Pensionsreformen, S. 93-107, Frankfurt/New York 1999 (Campus)